

Auch für Ramelow gilt das Parteiprogramm; Israel-Treueeid gehört nicht zum Asylrecht

Der Landessprecherrat der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke (Thüringen) nahm am Montag unter der Überschrift »Auch für einen Ministerpräsidenten gilt unser Erfurter Parteiprogramm« zu Aussagen Bodo Ramelows (Die Linke), des Regierungschefs des Bundeslandes, Stellung:

Am 10. Juli äußerte Bodo Ramelow, bezogen auf die Träumereien von einer rot-rot-grünen Bundesregierung: »Ich rate meiner Partei, an der NATO-Frage diese Koalitionsmöglichkeit nicht unmöglich zu machen.« Er äußert das fast zeitgleich mit dem Schritt der Bundestagsfraktion unserer Partei, einen Antrag zur Auflösung des aggressiven Militärbündnisses in den Deutschen Bundestag einzubringen. Bodo Ramelow fordert somit (...), das Grundprinzip und Alleinstellungsmerkmal unseres Wirkens, die Friedenspolitik, aufzugeben. Und das zu einem Zeitpunkt, da die NATO auf ihrer Warschauer Tagung Beschlüsse zur weiteren militärischen Einkreisung Russlands unter deutscher Beteiligung fasste (...). Bodo Ramelow hat damit zugleich seiner Partei Die Linke einen regelrechten Bruch mit der Friedensbewegung empfohlen. (...)

Es ist dies das bisherige Ende einer Kette von Kniefällen, die dem Wunsch nach Mitregieren geschuldet sind. Erinnert sei nur an das Verhalten Bodo Ramelows und anderer in puncto Geschichte, so an die unsägliche Charakterisierung der DDR als Unrechtsstaat. All das hat mit den Überzeugungen der Mehrheit unserer Thüringer Parteibasis nichts mehr zu tun.

Niemand sollte die Tatsache, dass viele Genossinnen und Genossen Skrupel haben, »ihrer Regierung« Ungelegenheiten zu bereiten, damit verwechseln, wie ihnen in Anbetracht dieser Prinzipienlosigkeiten zumute ist. Wir wissen dies aus ungezählten Debatten. (...)

Die Erklärung des Thüringer Ministerpräsidenten, Bodo Ramelows, vom 10. Juli 2016 vertieft diesen destruktiven Prozess. Dem muss Einhalt geboten werden. Vom Landesvorstand der Partei Die Linke Thüringen erwarten wir eine entsprechende Positionierung.

Unter dem Titel »Ein ›Israel-Treueeid‹ gehört nicht zum Asylrecht!« veröffentlichten das »Bündnis gegen Rassismus« und die »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V.« am Dienstag eine gemeinsame Erklärung:

In einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am 4. Juli forderte die Vorsitzende des American Jewish Committee (AJC) Berlin, Deidre Berger, Geflüchtete abzuschieben, die »Israel nicht akzeptieren«, und sprach zusammen mit Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, über »die patriarchalisch dominierten Strukturen in muslimischen Familien«, die viele Kinder antijüdisch erzogen und in ihrem Hass gegen Israel indoktrinierten.

Dazu stellen wir fest: »Akzeptanz« gegenüber dem Staat Israel von Geflüchteten zu verlangen und davon ihr Recht auf Asyl abhängig zu machen, empfinden wir als eine zynische und populistische Forderung. (...) Die pauschalisierenden Kommentare von Deidre Berger und Abraham Lehrer gießen Öl ins Feuer der rassistischen Diskurse, die in Deutschland zur Zeit ohnehin gegen Muslime geführt werden. (...) Leider müssen wir zudem feststellen, dass das AJC Berlin seit einiger Zeit gegen muslimische Geflüchtete agitiert und versucht zu provozieren. (...)

Vollständiger Wortlaut: www.juedische-stimme.de

<http://www.jungewelt.de/2016/07-13/039.php>